
David Stasavage, The Decline and Rise of Democracy. A Global History from Antiquity to Today. (The Princeton Economic History of the Western World.)
Princeton, NJ, Princeton University Press 2020. XII, 406 S., 32 Abb., £ 30,-.

// DOI 10.1515/hzhz-2022-1004

Lars Behrich, Utrecht

Die erste globale Demokratiegeschichte seit John Keane's „Life and Death of Democracy“ (2009; es taucht in der Bibliographie nicht auf, wie überhaupt eine systematische Auseinandersetzung mit der Literatur fehlt) ist weniger umfangreich als jene – vor allem deshalb, da sie dem 19. und 20. Jahrhundert nicht überproportional viel Platz einräumt –, empirisch zuverlässiger und für die historische Langzeitanalyse analytisch konsistenter. Dem kommt sicherlich zugute, dass der Autor sowohl Historiker als auch Ökonom ist (bisherige Arbeiten beschäftigten sich meist mit der Geschichte von Steuern und Staatskredit und ihren politischen Implikationen, so etwa „Public Debt and the Birth of the Democratic State. France and Great Britain 1688-1789“, 2003).

Anders als der Titel nahelegt, bedient Stasavage nicht das schlichte Narrativ, wonach Demokratie nach einer Blütezeit im klassischen Griechenland in einen Dornröschenschlaf verfiel, um dann umso mächtiger auf die weltgeschichtliche Bühne zurückzukehren. Er unterscheidet vielmehr zwischen spezifischen Ausprägungen partizipativer Politik, deren Auftreten an verschiedenen Orten des Globus er nachzeichnet. Gewissermaßen welthistorisches *default setting* war „early democracy“ – Formen und Praktiken breiter Partizipation, die der Verfasser etwa für das antike Griechenland und Mesopotamien, das vorkoloniale Amerika, Indien oder Zentralafrika beschreibt. Vor allem größere Staaten – das Inkareich, das sumerische Ur oder China – prägten früh bürokratische Strukturen aus, die partizipatorische Praktiken aushebelten oder gar nicht erst entstehen ließen. Andere Staaten besaßen gefestigte Partizipationsmuster, die durch bürokratische Instrumente komplementiert, aber nicht untergraben wurden: „Sequencing“, die Reihenfolge, in der sich partizipatorische und bürokratische Strukturen ausbildeten, ist hier ein leitender Begriff.

Scharnier für die weitere Entwicklung war das früh- und hochmittelalterliche Europa. Hier biegt Stasavage in den historiographischen Mainstream ein: Nach dem Zerfall des römischen Reiches entstanden Staaten ohne ausreichendes Erbe an bürokratischen Strukturen, die daher auf Kooperation und Konsens weltlicher und geistlicher Herren angewiesen waren. Wichtig war auch das Wachstum der Städte, die

als Geldquellen politisch kooptiert und in ständische Versammlungen integriert wurden. Zum Spätmittelalter hin hoben sich europäische Staaten von allen anderen „early democracies“ ab (Stasavage prägt dafür aber keine eigene Begrifflichkeit): Sie ließen auch dank des Rechtskonzepts der Repräsentation erstmals größere Räume politisch partizipieren.

Nun folgt das anglo-amerikanische Narrativ: Der „modern representative assembly“ in England folgte die „modern democracy“ in Amerika. Die einzigartige Handlungsfähigkeit des englischen Parlaments führt Stasavage vor allem auf das Fehlen bindender Mandate zurück: Die daraus resultierende Unabhängigkeit der Abgeordneten erlaubte es dem Parlament, als autonomer politischer Körper zu agieren, der nach 1688 die faktische Souveränität erlangte. Was fehlte, war eine breite Wählerbasis: Sie wurde in Amerika geschaffen, wo das ‚moderne‘ Repräsentativsystem mit einer durch die koloniale Siedlungssituation ermöglichte (oder erzwungene) ‚frühen‘, inklusiveren Form demokratischer Teilhabe verquickt wurde. Der Übergang wird empirisch dargelegt; er hätte konzeptionell aber besser hergeleitet und expliziert werden können.

Die eigentliche Leerstelle tut sich jedoch auf, wo es um den Übergang Großbritanniens zur ‚modernen Demokratie‘ und erst recht den der kontinentalen Ständeversammlungen zu ‚moderner‘ Repräsentation und Demokratie geht. Die Feststellung (S. XII, 17; 256), die anglo-amerikanische Doppelinnovation sei nach Europa gewandert, wird kaum unterfüttert: Neben dem Bestehen repräsentativer Partizipations-traditionen wird schlicht auf die Massenkonskriptionen des 19. Jahrhunderts verwiesen, mit dem Ersten Weltkrieg als Fluchtpunkt und dem Eisenbahnbau, der Massenarmeen ermöglicht habe, als Motor – *deus ex machina*, buchstäblich.

Mit dieser Abkürzung überspringt der Verfasser auch die Französische Revolution – eine für anglo-amerikanisch zentrierte Narrative nicht ganz unübliche Volte. Sie erscheint hier zusätzlich dadurch motiviert, dass er ideengeschichtliche Herleitungen ebenso ablehnt (S. 20f., 260) wie eindimensional ökonomische (S. 22f., 261 f.). Sicher sind Engführungen auf 1789 ebenso verkürzend wie damit früher oft einhergehende methodische Verengungen auf materialistische oder ideelle Kausalzuschreibungen. Derart mir nichts, dir nichts kann man die Französische Revolution nun aber sicher nicht aus der Demokratieggeschichte herausschreiben. So drängt sich die Frage auf, ob ihr Egalitätspostulat nicht wirkmächtiger war als der Eisenbahnbau – schließlich brachte es auch die erste militärische Massenkonskription hervor.

Obwohl das Buch allgemein durch umsichtige Argumentation, das Vermeiden einfacher Kausalzuschreibungen und das Erkunden alternativer Erklärungsansätze gekennzeichnet ist, scheint immer wieder der Wirtschafts- und Finanzhistoriker durch – in der Hintanstellung ideen- und diskursgeschichtlicher Dimensionen wie auch in einem Hang zu funktionalistischer Argumentation und mitunter einem gewissen institutionellen und/oder technologischen Determinismus. Besonders problematisch ist die Rolle eines schematischen Begriffs von „Bürokratie“ als explanans für langfristige Entwicklungen. Für Stasavage ist Bürokratie vor allem die technologische Fähigkeit zur Vermessung und Evaluierung von Agrarland und somit zu dessen Besteuerung: Staaten – allen voran China –, die diese Fähigkeit besaßen, waren nicht auf Konsens und Kooperation angewiesen; mittelalterliche Monarchen hingegen mussten die Mächtigen und Reichen ihrer Länder zusammenrufen, um auf deren Ressourcen zuzugreifen. Doch diese beriefen auch oft Versammlungen ein, um ihre Herrschaftsansprüche zu unterstützen, um dynastische Nachfolgeregelungen oder Gesetzeserlasse billigen zu lassen; ja solche Treffen gingen jenen, in denen es um Geld ging, oft voraus. Die Entwicklungslogik war somit eher eine umgekehrte: Die Machtstellung von Adel und Geistlichkeit sowie daraus hervorgehende Rechtstitel – darunter Ansprüche auf Einberufung und Konsultation – erlaubten es mittelalterlichen (und frühneuzeitlichen) Staaten nicht, auf deren Ländereien, Einkünfte und Einwohner direkt zuzugreifen. Diese politischen und rechtlichen Umstände ließen Steuertechniken und -bürokratien nur sehr langsam entstehen, nicht umgekehrt.

Kurt Andermann / Gerrit Jasper Schenk (Hrsg.), *Wasser. Ressource – Gefahr – Leben*. (Kraichtaler Kolloquien, Bd. 12.) Ostfildern, Thorbecke 2020. 238 S., 19 Abb., € 29,-. // DOI 10.1515/hzhz-2022-1005

Lina Schröder, Würzburg

Dass die Erforschung der Bedeutung des Wassers für die Entwicklung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens im letzten Jahrzehnt in der Geschichtswissenschaft eine neue Dynamik erhalten hat, ist möglicherweise nicht nur zunehmenden Extremereignissen, sondern auch den politischen Debatten geschuldet. Zuletzt setzte im März dieses Jahres die DFG mit der Bewilligung des Forschungsclusters „Auf dem Weg zur Fluvialen Anthroposphäre“ einen sichtbaren Schwerpunkt. Von den